

## Der besondere Beleg

(Titelseite)

Zunächst scheint es sich bei dem vorgestellten Brief um einen „normalen“ Novemberbeleg zu handeln. In der Portoperiode 26 (26. bis 30. November 1923) wurden die Marken bekanntlich vierfach aufgewertet. Der einfache Fernbrief bis 20 Gramm kostete 80 Milliarden Mark an Porto, hier frankiert mit zwei Marken der MiNr. 335 AP = 20 Milliarden, mit dem Faktor 4 multipliziert ergeben sich also die erforderlichen 80 Milliarden.

Schaut man sich den Brief dann genauer an, stellt man fest, dass die beiden Marken mit dem Aufdruck **Regierung** versehen sind, wie sie in Frankfurt am Main verwendet wurden (zwecks besserer Lesbarkeit hier um 180° gedreht). Es handelt sich also um einen Beleg mit Freimarken und zusätzlichem Dienstkontrollaufdruck, die nun wahrlich nicht leicht zu finden sind.



Im Michel DSK steht dazu: *„Zur Verhütung von Missbrauch, Unterschlagung und Diebstahl der behördlichen Freimarkenbestände, deren Verwendung an Stelle der in der Hochinflation nicht mehr ausreichend vorhandenen Dienstmarken durch eine besondere Verfügung amtlich angeordnet war, ließ sich zunächst der Regierungspräsident in Wiesbaden von der OPD Frankfurt a. M. die Genehmigung erteilen, die Markenbestände seiner Dienststelle mit dem Schutzaufdruck „Regierung“ überstempeln zu lassen. Die OPD Frankfurt hat bei der Antragsgenehmigung also keine neuen Dienstmarken schaffen, sondern nur eine weitere in der Form bisher nicht gestattete Schutzmaßnahme zur Verhütung missbräuchlicher Verwendung amtlicher Markenbestände bewilligen wollen, wie sie z.B. Privatpersonen in der Firmenlochung von Marken schon immer erlaubt war.“*

Aber warum hat das Wiesbadener Regierungspräsidium den Brief von Frankfurt am Main und mit Marken des Frankfurter Kontrollaufdrucks verschickt? Schließlich hatte Wiesbaden ja die Genehmigung, Freimarken mit eigenen Kontrollaufdrucken versehen zu lassen. Die Antwort ist, dass Wiesbaden nach dem 1. Weltkrieg französisch besetzt war. Ein Teil des Wiesbadener Regierungspräsidiums wurde vorübergehend in das unbesetzte Frankfurt ausgelagert, so dass Post der Wiesbadener Regierung Ende 1923 mit Inflations- und Rentenpfennigmarken des Frankfurter Aufdrucks verwendet wurden.

*Alec McGrattan, Harald Mürmann*

**Die Verwendung der Michel-Nummern erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Schwaneberger Verlages**



**Der besondere Beleg**  
(siehe Seite 9)